

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlag: Tagesblatt Rieser
Veranstaltung: Nr. 20.

Amtsblatt

Verlag: Tagesblatt Rieser
Veranstaltung: Nr. 20.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Rieser, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 241.

Dienstag, 15. Oktober 1918, abends.

71. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Köhlung am Schalter der Post, Postanweisung vierteljährlich 3.60 Mark, monatlich 1.20 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr normiert und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 von dreizehn Grundstücken (7 Silben) 80 Pf., Octopreis 25 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachmittags- und Veranlassungsgebühr 20 Pf. Besondere Rabatte erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Vierteljährliche Anzeigergebühren: „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Relationsdruck und Verlag: Danz & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Der Betrieb des Bäckereibehalters Richard Pirrig in Gröba wird hiermit gemäß § 71, Absatz 1 der Reichsgetreideverordnung für die Ernte 1918 vom 29. Mai 1918 bis auf weiteres geschlossen.
Gröba, am 10. Oktober 1918.
Der Kommunalverband.

Wegen Reinigung der Diensträume können Freitag, den 18., und Sonnabend, den 19. d. M., bei dem unterzeichneten Amtsgerichte nur dringliche Sachen erledigt werden.
Königl. Amtsgericht Rieser.

Die Stücke der S. Kriegsanleihe über 100, 200 und 500 Mark können gegen Rückgabe der bei der Bezahlung ausgehändigten Quittung abgeholt werden. Auf Wunsch sind wir gern bereit, die Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren unentgeltlich zu übernehmen.
Gröba, Elbe, am 15. Oktober 1918. Die Sparkassenverwaltung.

Wegen Klärung der Weisübergänge beim Munitionslager III wird der Verkehr auf den zwischen der alten Salzkrahe und dem Glaubitz-Wickener Wege gelegenen Teil des Reibhain-Wickener Weges auf die Dauer von 3 Wochen gesperrt. Der Verkehr wird auf die alte Salzkrahe und den Glaubitz-Wickener Weg verwiesen.
Gröba, am 15. Oktober 1918. Der Gutsvorsteher.

Gemeinde-Sparkasse Gröba.

Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 3 1/2 Prozent.

Einlagebücher gebührenfrei. Kontrollmarken unentgeltlich.

Vermietung von Panzerschrank-Schließfächern.

Unentgeltliche Aufbewahrung von Wertpapieren (Kriegsanleihen).

Gemeindeverbands-Sirokaffe.

Kostenlose Geldüberweisung nach allen Orten Deutschlands.

Verzinsung der Einlagen auf Girokonto nach Vereinbarung.

Die Aufnahme der deutschen Antwortnote.

Das englische Auswärtige Amt im Besitz der deutschen Antwortnote. Das Reichsamt erfährt: Das britische Auswärtige Amt erhielt die deutsche Note Sonntag früh durch den britischen Gesandten im Haag, Valfour und Bonar Law haben London verlassen, um sich mit Lloyd George zu besprechen. Weiter erfährt Reuters, daß es bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge unwahrscheinlich sei, daß ein verantwortlicher Minister irgend eine ins Einzelne gehende Erklärung über die Lage abgeben werde. Der nächste Schritt für den Präsidenten Wilson wird sein, sich mit den Alliierten zwecks einer allgemeinen Beratung über die deutsche Antwort zu verständigen. Beim ersten Anblick erscheint die deutsche Note als Annahme nicht nur der Punkte in Präsident Wilsons Erklärung vom Januar, sondern auch seiner späteren Erklärungen. Es könnte daher gesagt werden, es scheine, daß die Deutschen es mit der Annahme ernst meinten. Der Wortlaut der Note gebe aber keine endgültige Klarheit darüber, ob Wilsons Bedingungen vorbehaltlos angenommen oder lediglich als Grundlage für die Fortsetzung betrachtet werden. Klar sei, daß eine bloße unbestimmte Erklärung dieser Art nicht genügend sei. Selbstverständlich könne keine Rede davon sein, die militärischen Operationen einzustellen. Kein Waffenstillstand sei möglich, außer unter den schärfsten Sicherungen dagegen, daß der Feind die Zwischenszeit nicht benütze, um später wieder anzukommen.

Deutschland soll Garantien zu Lande und zu Wasser geben. Reuters erfährt von autoritativer Quelle, daß keine Aussicht auf einen raschen Waffenstillstand bestehe und daß, wenn die Zeit gekommen wäre, um einen Waffenstillstand zu gewähren, er nicht gewährt oder auch nur in Erwägung gezogen werden würde ohne gleichzeitige Garantien zu Lande und zu Wasser, daß Deutschland nicht nur bereit sei, das Schwert in die Scheide zu stecken, sondern auch absolut außer Stande sei, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen. Obwohl im Augenblick keine amtliche Erklärung zu erwarten ist, steht fest, daß diese beiden fundamentalen Punkte nicht nur die Ansicht der Engländer, sondern die der Alliierten wiedergeben. Man glaubt, daß einige Zeit vergehen werde, bevor Wilson antworten wird, und daß Wilson die Alliierten zu Rate ziehen werde, bevor die Antwort in ihrer endgültigen Form gebracht wird. Bezüglich der Garantien gehen die Ansichten der Londoner maßgebenden Kreise dahin, daß sie derzeit sein müssen, daß kein Schatten eines Zweifels übrig bleibe.

Das Unterhandeln für Friedensbestimmungen? Der Parlamentarier des „Manchester Guardian“ schreibt, daß im englischen Unterhaus eine Dreifünftel-Mehrheit für den sofortigen Eintritt in Friedensbestimmungen auf Grund der Wilsonschen Vorschläge vorhanden sei. — Die „Times“ meldet, daß auf der Konferenz der englischen Dominions am Freitag in Vertretung Lloyd Georges Valfour zum ersten Male von der Möglichkeit nahegelegter Verhandlungen für einen ehrenvollen Abschluß des Krieges sprach.

Die Alliiertenkonferenz für Wilsons Grundzüge. „Times“, „Daily Telegraph“ und „Daily Mail“ melden aus Paris, daß die Alliiertenkonferenz im Prinzip den 14 Punkten Wilsons zugestimmt habe. — Nach Toller Meldungen soll sich die japanische Regierung mit der Wilsonschen Note und ihren Bedingungen solidarisch erklärt haben.

In Erwartung der Antwort aus Washington. Die „Münchener Bzg.“ meldet aus Berlin: Der interfraktionelle Ausschuss des Reichstages tritt Mittwoch vormittag 9 Uhr zusammen. Man erwartet in den Kreisen der Reichsparteien bis dahin bereits das Vorliegen einer Antwort aus Washington.

Frankreichs Regierungsvorgänge suchen Wilson nahe zu legen, daß er einen Waffenstillstand nur dann betreiben, wenn der größte Teil der Friedensbedingungen schon vor der Waffenstillstandsbemüßung erfüllt werde. Man geht sogar so weit, bereits offen einen Gegenstand der Ansichten Wilsons und der feindlichen Oberführer Foch, Haig und Pershing anzudeuten. Diese wollten keinen Waffenstillstand und erblickten in dem deutschen Friedensangebot nur einen neuen Versuch zwischen Wilson und der Entente, Zwiespalt zu schaffen. Wie weit solche Behauptungen wirklich begründet werden, ist vorläufig nicht feststellbar. Aus einer Reihe Bankrott in den letzten Tagen, die wir in unserer gestrigen Nummer wiedergaben, muß man schließen, daß der Präsident fest auf seinen Grundgedanken beharren bleibt und sich von jeder lokalen Anstimmung und Anwendung nicht abdingen lassen will.

Bei den Neutralen wird die deutsche Antwortnote überall mit großer Freude und Genugtuung begrüßt. Man sieht dort allgemein der Ueberzeugung Ausdruck, daß durch die Haltung der deutschen Regierung nun der baldige Abschluß des Krieges gesichert sei.

Der Ruf nach einem Staatsgerichtshof. An dem Versammlungstag des Münchener Parteitagess beteiligten sich zahlreiche Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, darunter auch Gäste aus nicht bayerischen Staaten. Nach einem Bericht des Reichstagsabgeordneten Hermann Müller über Reichs- und Anstaltspolitik wurde die nachstehende Resolution gefaßt: Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Bayerns fordert vom Reichstag die Einsetzung und Wahl eines Staatsgerichtshofes zur Freitragung und Aburteilung aller Schuldsachen, die frühere Friedensaktionen zum Scheitern brachten und damit für den unglücklichen Kriegsausgang und für die Völkern und Völkern, die wir während und nach dem Kriege zu tragen haben, verantwortlich sind. Diese Unternehmung hat vor allem auch noch so hochbedeutende Person Salk zu machen. Ferner forderte der Parteitag eine nach dem Willen des Volkes durch Gesetz herbeizuführende Straferleichterung und Unteruchungsstellung bezüglich aller politischen Verbrechen und Vergehen.

Der Kanzler und die Reichsparteien.

Bekanntlich soll die sozialdemokratische Fraktion am Dienstag darüber entscheiden, ob die sozialdemokratischen Staatssekretäre in der Regierung des Reichens Max von Baden trotz seines von Reuters verbreiteten Briefes vom 12. Januar d. J. verbleiben sollen. Der Brief selbst hat den Vertretern der Reichsparteien darüber Erklärungen abgegeben, die wohl auch der sozialdemokratischen Fraktion bekannt gegeben werden sollen und die bei den bürgerlichen Parteimitgliedern das Vertrauen zur zuverlässigen politischen Bestimmung des Reichens nur bestärkt haben. Es läßt sich noch nicht endgültig voraussagen, ob die Sozialdemokraten denselben Standpunkt einnehmen werden, aber es gilt in Reichstagskreisen für sehr wahrscheinlich, daß der Kanzler selbst sich nur in seinem Amte bleiben, wenn er des Vertrauens der Reichstagsmehrheit sicher ist. In seinem Briefe, der jetzt im Wortlaut in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht wird, hatte sich der Kanzler gegen die Meinungen seiner Rede in Karlsruhe gewandt, die er sowohl bei den Alliierten als auch bei den demokratischen Blättern, voran bei der ihm wie er sagt höchst unympathischen „Frankfurter Zeitung“ gefunden habe, obgleich er deutlich genug die demokratische Parole, zumal den Parlamentarismus geißelt. Den westlichen Parlamentarismus lehnte er für Deutschland ab. Im Gegenstand zur sogenannten Friedensresolution, die ein scheinbares Kind der Angst und der Berliner Hundstage gewesen sei, wünschte er möglichst große Vergütungen in irgend welcher Form, damit wir nach dem Kriege nicht so arm werden. Die Feinde wählten schon genug über Belgien, das das einzige Objekt der Kompensationen sei, das wir belagern. Etwas anderes wäre es, wenn die Bedingungen eines dauernden Friedens gegeben wären, aber Lloyd George und Clemenceau hätten die Brücken abgebrochen. Alldeutsche und Friedensresolutionen seien beides gleich dumme Erscheinungen.

Demgegenüber verwies der Krieg die parlamentarischen Vertrauensmänner eingehend auf seine bisherige Haltung in der auswärtigen Politik. Er sei im Januar 1917 dafür eingetreten, die bekannte Friedensnote des Präsidenten Wilson auch nach der ablehnenden Entente-Note durch eine öffentliche deutsche Kriegserklärung zu unterstützen. Am 15. Juli 1917 habe er einen Vorschlag für die Form gemacht, in der der damalige Kanzler sich zur Friedensresolution bekennen sollte. Im Februar 1918 habe er eine ungewöhnliche Erklärung über Belgien und eine saubere Ausfüllung des Rahmens des West-Altostener Friedens im Sinne des Rechts gefordert und sei dabei auch geblieben, als wir auf der Höhe unserer militärischen Erfolge standen. Er habe immer geglaubt, daß das Recht in diesem Kriege liegen würde. Friedensangebote an Gegner des Rechtsfriedens habe er für inopportun gehalten. Ungewöhnliche Erklärungen über unsere Kriegsziele, insbesondere über Belgien habe er für einen besseren Weg zur Annäherung erachtet.

In der inneren Politik habe er Ende Juni 1917 das Reichstagswahlrecht für Preußen, Juli 1917 eine Regierung gefordert, die der Ausdruck des Reichswillens gewesen wäre. Allerdings habe er damals eine so weitgehende Parlamentarisierung nicht für nötig gehalten wie heute, und sei gegen den Eberensauschuss zur Regierungskontrolle gewesen, weil sie ein Zeichen des Mißtrauensver-

hältnisses des Parlamentes zur Regierung sei. Das von ihm heute vertretene demokratische Programm habe in dieser Form nicht von Anfang des Krieges festgehalten, sei aber nur ein logischer Schritt in gradliniger Entwicklung.

Die Neuordnung im Reiche.

Dr. Delbrück Chef des Geheimen Zivilkabinetts. Die Nordd. Allg. Bzg. meldet: Der Reichskanzler ernannte den neuernannten Chef des Geheimen Zivilkabinetts Dr. Delbrück und den Gesandten im Haag Dr. Rosen. Ein Beschluß der konservativen zur Wahlrechtsfrage. Die konservative Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat in einer Sitzung einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: In der Stunde der höchsten Not des Vaterlandes und in der Erwägung, daß wir auf schwere Kämpfe für die Unerfahrenheit des vaterländischen Bodens gerückt sein müssen, hält es die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses für ihre patriotische Pflicht, alle inneren Kämpfe zurückzustellen. Sie ist gewillt zu diesem Zweck auch schwere Opfer zu bringen. Sie glaubt nach wie vor, daß eine weitgehende Radikalisierung der preussischen Verfassung nicht zum Heile des preussischen Volkes dienen wird, ist aber bereit, den Widerstand gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen entsprechend dem jüngsten Vorgehen ihrer Freunde im Herrenhaus aufzugeben, um die Bildung einer Einheitsfront in Preußen zu gewährleisten.

Die politische Entwicklung in Oesterreich.

Rücktritt Saffars? Die Wiener Mittagsblätter melden: Der Kaiser hat das Rücktrittsgesuch des Ministerpräsidenten Frhrn. v. Duffschek angenommen und den Grafen Solva-Larouca mit der Führung des Kabinetts betraut. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt nicht vor. In einem Artikel, betitelt „Der deutsch-österreichische Staat“, bespricht die Wiener „Arbeiterzeitung“ mit der praktischen Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen Oesterreichs. Hierfür gebe es zwei Möglichkeiten: erstens die Schaffung dreier deutsch-österreichischer Staaten, nämlich eines innerösterreichischen Staates, umfassend Nieder- und Oberösterreich, die angrenzenden deutschen Bezirke Südmährens und Südböhmens, die deutschen Gebiete in Steiermark, Kärnten, Tirol, endlich Salzburg und Vorarlberg, ferner eines deutsch-böhmischen Staates, umfassend die deutschen Bezirke Nordböhmen, Nordwest- und Westböhmen vom Riesengebirge bis zum Böhmerwald und schließlich eines (schlesisch-nordmährischen) Staates, umfassend Westschlesien und die angrenzenden Bezirke Nordmährens und Ostböhmens. Diese drei deutschen Staaten sollten mit den Staaten der anderen Nationen Oesterreichs zu einem Bundesstaate vereinigt werden, also mit dem tschechischen, slowakischen, einen österreichischen Staatenbund bilden. Wenn aber die anderen Nationen solchen Bundesstaat überhaupt nicht wollten, aber nur in einer Form, innerhalb deren die deutsch-österreichischen Gebiete zu wirtschaftlicher Verklümmung beurteilt wären, dann müßten zweitens die drei deutsch-österreichischen Staaten als besondere Bundesstaaten sich dem Deutschen Reiche anschließen, d. h., das 1866 getrennte staatsrechtliche Band mit Deutschland würde in neuer Gestalt wieder geknüpft werden. Innerhalb des Deutschen Reiches würden die drei deutsch-österreichischen Staaten natürlich die gleiche staatsrechtliche Selbständigkeit besitzen, wie Bayern, Sachsen, Baden usw. Die meisten Deutschen Oesterreichs hätten vorläufig nur an die erste Möglichkeit. Wollten aber die Tschechen ganz unabhängig sein, so müßten sie damit rechnen, daß ihr Staat von Norden, Westen und Süden her vom Deutschen Reiche umschlungen sein werde. Aber auch der Verband sollte wissen, daß er Oesterreich nicht verlassen könne, ohne die Millionen Deutscher zum Deutschen Reiche zu schlagen. Das Deutsche Reich aber, zu dem wir kämen, wäre nicht mehr das imperialistische Deutschland von gestern, sondern das in Gefolge des Krieges entstehende demokratische Deutschland, dessen neue bundesstaatliche Mitglieder selbst demokratische Staaten sein würden.

Kriegsnachrichten.

Oesterreichisch-ungarischer Generalstabbericht. Amtlich wird aus Wien vom 14. Oktober veröffentlicht: Italienischer Kriegsschauplatz: Stellenweise Artillerie- und Patrouillenkämpfe. — Südöstlicher Kriegsschauplatz: Unsere zurückgehenden albanischen Truppen lassen Nachhut- und